

Applaus war gestern—Tariferhöhung statt Verschlechterungen!

Stadtrat verweigert Solidarität mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Mit unserem Antrag „[Applaus war gestern - Held*innen haben mehr verdient](#)“ haben wir in der ersten Ratssitzung nach der Sommerpause im Stadtrat die Solidarität mit der zu diesem Zeitpunkt laufenden Tarifausschließung im öffent-

lichen Dienst und den dortigen Beschäftigten gefordert. Außerdem sollte der Oberbürgermeister aufgefordert werden, sich in den Gremien der Arbeitgeber für einen angemessenen Tarifabschluss einzusetzen.

ter der anderen Fraktionen haben dabei ganz im Sinne der Arbeitgeber argumentiert und bewiesen, dass DIE LINKE die einzige Stimme im Rat ist, die sich konsequent für die Beschäftigten einsetzt. Unterstellt wurde uns u.a. dass ein



„ In einer der größten Krisen haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gezeigt, dass Sie systemrelevant sind. Dass die anderen Fraktionen im Osnabrücker Rat bei unserem Antrag von einem Eingriff in die Tarifautonomie sprechen, obwohl es um bloße Solidarität geht, zeigt einmal mehr—nur DIE LINKE. steht konsequent an der Seite der Beschäftigten!“

Giesela Brandes-Steggewentz

den zur Verfügung gestellt, wo gar nicht diskutiert wurde, ob das finanzierbar ist. Einen Schlusstrich jetzt bei den Einkommen der Beschäftigten zu ziehen, ist willkürlich. Unsere Vorschläge zur Finanzierung wie bspw. eine Gemeindefinanzierungssteuer oder durch mehr Bundesmittel für Kommunale Aufgaben wurde letztendlich nicht mehr diskutiert.

solcher Antrag ein Eingriff in die Tarifautonomie sei und dass der Rat quasi Arbeitgeber sei.

Dabei ist uns durchaus bewusst, dass die Finanzierung von guten Tarifvereinbarungen angesichts der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen keine Selbstverständlichkeit ist. Andererseits wurden für Unternehmenshilfen in der Krise hunderte Milliar-

Bezogen auf die Tarifverhandlungen gibt es inzwischen eine Einigung die sich sehen lassen kann, Angriff der Arbeitgeber wurden von den Beschäftigten abgewehrt. Übrigens wurde im Haushaltsentwurf 2021/2022 von der Verwaltung mehr eingeplant, als der Tarifabschluss gebracht hat. Zumindest in Osnabrück gab es bei dem allgemeinen Gejammer noch Luft für einen höheren Abschluss.

Mit dem Osnabrücker Stadtrat scheint Solidarität aber nicht zu machen zu sein. Der Antrag wurde gegen unsere Stimmen, die der SPD Fraktion und Nils Elmers abgelehnt. Die Vertre-

Mehr dazu [hier!](#)

Endlich wieder Ratssitzung—Demokratische Kontrolle auch in Zeiten der Pandemie ermöglichen!

Die Pläne, dass die demokratische Entscheidungsfindung und Kontrolle von Beschlüssen in den nicht öffentlich tagenden Verwaltungsausschuss verlagert werden, konnten wir

vor der Sommerpause zusammen mit den anderen kleinen Fraktionen verhindern. Jetzt heißt es nach der Sommerpause wieder: alle Freizeit für die Kommunalpolitik.

Die Sommerpause ist schön, aber wir sind froh, wieder Politik vor Ort machen zu dürfen, auch unter erschwerten Rahmenbedingungen!

Ausgabe des OS-Passes im Jobcenter – Antrag der Fraktion DIE LINKE. hat Erfolg!

OS-Pass muss weiter ausgebaut werden und einfacher ausgegeben werden.

Eine [Vorlage der Verwaltung zum Osnabrück Pass \(OS-Pass\)](#) freut uns sehr. Diese weitere Ausgabestelle geht auf einen von uns gestellten Antrag zurück.

Im März 2019 haben wir einen Antrag eingebracht, der unter anderem einen einfacheren Zugang zum OS-Pass gefordert hat. Dass sich auf unsere Initi-

ative hin, auch wenn es viel länger als notwendig gedauert hat, etwas bewegt, freut uns natürlich sehr. Eine zusätzliche Ausgabestelle im Jobcenter erleichtert den Zugang zum OS-Pass und baut Hürden ab. Gerade während der Corona Pandemie ist dies ein gutes Zeichen, dass die Stadt hier tätig wird und den OS-Pass weiter im Blick hat.

Doch damit allein ist es noch nicht getan. Zum einen ist es

nach wie vor geboten, dass der Kreis der Berechtigten ausgeweitet wird und auch das Angebot an Leistungen weiterentwickelt wird. Zum anderen sind insbesondere Zuwandererfamilien darauf angewiesen, dass Ihnen das Angebot des Osnabrück Passes in verschiedenen Sprachen unterbreitet wird. Wir fordern daher, dass dies im Marketing des OS-Passes berücksichtigt wird.

„Grundsätzlich ändert auch ein OS-Pass nichts daran, dass das sanktionsbehaftete System von Arbeitslosengeld II/ Hartz IV durch eine existenzsichernde Mindestsicherung zu ersetzen ist. Wir stehen dafür ein, dass alle Menschen frei von Existenznöten leben können.“

Heidi Reichinnek



Kinderfreundliche Kommune – ein MUSS für Osnabrück

Ratsfraktion Die LINKE. macht sich für Kinderrechte stark!

In der Ratssitzung am 03. November haben wir den Antrag [„Kinderfreundliche Kommune – ein UNICEF Projekt wie gemacht für Osnabrück“](#) eingebracht. Damit regen wir an, dass die Stadt Osnabrück an dem Projekt teilnimmt. Der Hintergrund ist unter anderem die Höhe der Kinderarmut in Osnabrück: Jedes vierte Kind lebt unter der Armutsgrenze.

Kinderrechte sind eine kommunale Pflichtaufgabe! Es ist daher für eine kinderfreundliche Stadtentwicklung unerlässlich auch die einzubeziehen, die es betrifft – Kinder und Jugendliche. Das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ bietet der Stadt Osnabrück die Möglichkeit die vielen vorhandenen Maßnahmen von außen zu evaluieren, zu ergänzen und weiterzuentwickeln und nicht zuletzt neue Maßnahmen zu

schaffen. Die Vernetzung mit anderen Projektkommunen bietet den notwendigen Erfahrungsaustausch und die Möglichkeit die Maßnahmen nach außen zu bewerben.

Kindergipfel statt Autogipfel!

Insbesondere während der Corona Pandemie hat sich gezeigt, dass ein Autogipfel anstelle eines Kindergipfels stattfindet und Maßnahmen zum Stützen großer Wirtschaftsbetriebe schneller aufgelegt sind, als Förderprogramme für Schulen und Kitas. Diese Liste ließe sich unendlich erweitern und verdeutlicht den geringen Stellenwert von Kinderrechten und die missliche soziale Situation von Kindern und Jugendlichen. Das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ bietet hier die Möglichkeit einer gegenläufigen Entwicklung und ermöglicht Kindern Partizipation und Teilhabe.

Das Projekt setzt insgesamt in vier Bausteinen auf eine kommunale Verankerung und Ausgestaltung der Kinderrechte und ermöglicht aktiv eine Partizipation der Kinder und Jugendlichen. Osnabrück wäre in Niedersachsen die achte Kommune die sich dem Projekt anschließt. Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz verdeutlicht die Symbolkraft des Projektes: Nutzen wir die Chance dem demografischen Wandel etwas entgegen zu stellen und Osnabrück als kinderfreundliches und partizipatives Oberzentrum zu erhalten und weiterzuentwickeln. Als drittgrößte Kommune Niedersachsens haben wir die Verantwortung als Vorbild voranzugehen.

Der Stadtrat ist unserer Argumentation nicht direkt gefolgt, hat den Antrag aber in den Jugendhilfeausschuss verwiesen, wo er von den Fachpolitiker*innen diskutiert werden soll.



„In Osnabrück leben nach wie vor 25 Prozent der Kinder in Armut und die Folgen der Corona Pandemie auf die Jüngsten in der Gesellschaft sind noch nicht komplett abzusehen. Das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ bietet die Möglichkeit Kinder und Jugendliche einzubinden.“

Giesela Brandes-Steggewentz

Gemeinschaftliches Wohnen an der Großen Eversheide ermöglichen – Sozialverträglich und bezahlbar!

Suchthilfearbeit in Niedersachsen stärken!

Leuchtturmprojekt nur sozialverträglich !

An der Großen Eversheide in Osnabrück soll ein Grundstück im Rahmen einer Konzeptvergabe zum Gemeinschaftlichen Wohnen vergeben werden.

Das freut uns natürlich sehr, dass innovative Wohnformen den angespannten Osnabrücker Wohnungsmarkt bereichern. Das von der Verwaltung vorgesehene Konzept berücksichtigt allerdings eine viel zu kurze Sozialbindung für Mieten und einen zu hohen Erbbauzins. Das Land Niedersachsen spricht in Bezug auf die Höhe des Erbbauzinses auch von Ausnahmen in Fällen des besonderen Interesses des Gemeinwohls. In dem Zusammenhang wird auch von Sozialem Wohnungsbau gesprochen. Darüber hinaus soll bei der Vergabe das Gebot auf den Erbbauzins berücksichtigt wer-

den. Wir sagen NEIN, zu einer Vergabe die Investoren und finanzkräftige Interessent*innen begünstigt. Auf unseren Änderungsantrag hin, die Sozialbindung zu verlängern, den Erbbauzins zu senken und den Preis des Erbpachtzinses bei der Vergabe nicht zu berücksichtigen, hat der Rat keine Entscheidung getroffen, sondern das Thema zunächst wieder in den Ausschuss verwiesen.

Suchthilfe in Niedersachsen finanziell besser ausstatten.

Zusammen mit einigen anderen Fraktionen haben wir den Antrag eingebracht, dass die Suchthilfearbeit in Niedersachsen gestärkt werden muss. Derzeit stagnieren die Zuwendungen vom Land, obwohl die Personal- und Sachkosten kontinuierlich steigen. Dies führt zu einem geminderten Leistungsangebot und die qualitativ wertvolle Arbeit kann nicht

mehr in vollem Umfang gemacht werden.

Der Rat der Stadt hat sich dem Antrag angeschlossen und fordert von der Landesregierung eine stärkere finanzielle Ausstattung. Wir finden jedoch, dass dies zu kurz gedacht ist. Insbesondere in der aktuellen Pandemie gewinnt die Suchtprävention und die Suchtherapie an Bedeutung. Hier müssen Angebote ausgeweitet und neue Suchtformen in den Blick genommen werden. Mit der verbesserten finanziellen Ausstattung ist somit nur der erste Schritt getan.

Kontakt:

Fraktion DIE LINKE. Stadt
Osnabrück
Bierstraße 29/31, 49074
Osnabrück
linksfraktion@osnabrueck.de
www.linksfraktion-os.de